

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt-Verlag, Dresden, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiskirchen.

Postfachkonto: Dresden 1534, Girokonto Riesa Nr. 22.

Nr. 87.

Freitag, 11. April 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf., durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußschlag, feste Zeile, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigenscheinungsbefugnisse sind an der Spitze. — Im Falle bösserer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die deutsche Wegentastik.

Die Aufnahme, die der Sachverständigenbericht in der Presse der verschiedenen politischen Parteien Deutschlands findet, Erweist, mit welcher Vorsicht die politischen Kreise die nächste Zukunft beurteilen. Man weiß sehr wohl, daß es deutschseits unmöglich sein wird, alles widerstandslos hinzunehmen, was die Sachverständigen an Forderungen und Zumutungen gegenüber Deutschland gestellt haben. Auf der anderen Seite aber wäre die Verantwortung riesenartig, wenn man deutschseits heute erklären würde, die Vorschläge der Sachverständigen abzulehnen zu wollen.

In den führenden Kreisen der Deutschen Nationen wird erklärt, daß eine Regierung von sehr geringen und charakteristischen Männern notwendig sein wird, um die Interessen Deutschlands gegenüber dem neuen, in Aussicht gestellten Reparations-Diktat durchzusetzen. Die jetzt beginnenden neuen Auseinandersetzungen stellen zweifellos die härteste Belastungsprobe dar, die jemals eine deutsche Regierung ausgesetzt war. In dem Londoner Ultimatum und bei den früheren Streitfällen mit den alliierten Regierungen war mindestens eine mehr als einseitige Situation geschaffen. Entweder mußte sich Deutschland fügen oder aber es darauf ankommen lassen, die Sanktionen und Unterdrückungsmaßnahmen der Gegenseite zu erdulden. Die früheren deutschen Regierungen haben allerdings immer nachgegeben, aber sie konnten es damit nicht verhindern, daß trotzdem immer neue Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen wurden. Diese Verhältnisse haben sich aber jetzt sehr wesentlich verändert. Das deutsche Volk ist auf dem Wege, sich durch den nationalen Zusammenhalt wieder zu einer gesicherten Position zu entwickeln. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Deutschland auf dem Wege ist, seine alte geachtete Stellung unter den Völkern zurück zu gewinnen. In diesem Augenblick aber kommt nun der Bericht der Sachverständigen mit Reparationsforderungen, die geeignet sind, die langsame und allmähliche Aufwärtsentwicklung läßt zu unterbrechen. Wenn nicht von deutscher Seite alles geschieht, um den neuen in Vorbereitung befindlichen Schlag der Gegner zu parieren, so ist es mit der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands auf Jahre hinaus vorbei. Darum erfordert die Situation zunächst eine sehr wichtige außenpolitische und eine ganz entschiedene innere Haltung. Die Deutschenationalen würden alles dafür einsetzen, um durch positive Mitarbeit eine starke Front im innern Deutschland zu schaffen, die allein imstande sein wird, den Kampf gegen die neuerlichen Verklammerungsabsichten der Gegner aufzunehmen.

Die Regierungsparteien neigen dem gegenüber zu der Auffassung, daß eine kluge deutsche Diplomatie sehr wohl imstande sein wird, ganz wesentliche Verbesserungen der Sachverständigenvorschläge zu erreichen. Besonders die Deutsche Volkspartei glaubt aus den Erfahrungen der letzten Monate, daß es möglich sein wird, eine vorläufige Regelung der Reparationsfrage zu finden, die mit den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten zu vereinbaren sein wird. Vor allem handelt es sich darum, daß man keine übereilten Schritte unternimmt, und daß man immer wieder Versuche macht, die Gegenseite von der großen Wichtigkeit der deutschen Einwände zu überzeugen. Die jetzt eingeleitete Außenpolitik habe zweifellos den Vorzug, daß sie alle unnötigen Konflikte vermeidet und immer die Möglichkeit bietet, eine Verständigungsphase herbeizuführen. Die allmähliche wirtschaftliche und finanzielle Erholung Deutschlands sei letzten Endes der beste Befürworter einer vernünftigen Politik, denn niemand wird ein Interesse daran haben, neue Erschütterungen herauf zu beschwören und den Prozeß der Gesundung leicht zu unterbrechen.

Von demokratischer Seite wird die Befürchtung geäußert, daß eine Rechtsdriftung in Deutschland die außenpolitische Atmosphäre verbunsten könnte und dadurch schon eine gewisse Erleichterung der deutschen Stellung herbeigeführt werde. Man behauptet es entschieden, daß die Sachverständigen ein Gutachten abgegeben haben, das erst nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen zu einer Lösung führen kann. Inzwischen sei es notwendig, daß man deutschseits alles vermeide, was den Eindruck erwecken könnte, als sei man entschlossen, eine Politik der Nichterfüllung zu treiben. Umsonst müsse bedauert werden, wenn jetzt die These von der Erfüllungspolitik in die politische Debatte geworfen werde. Einseitig ist die Meinung aller Parteien, freile in der Zurückweisung der überaus weitgehenden Forderungen der deutschen Souveränität. In der Form, wie sich die Sachverständigen die Regelung der Jahreszahlungen und die Heranziehung der deutschen Eisenbahn und der Steuerquellen zur Reparationsleistung gebildet haben, seien sie für keine deutsche Regierung durchführbar. Angeht die Notwendigkeit, wichtige Lebensinteressen des Landes zu verteidigen, beginnt man auch in maßgebenden Parteienkreisen einzusehen, daß der innenpolitische Frieden für die nächste Zeit nicht gefährdet werden darf. Das Schlimmste, was jetzt eintreten könnte, wäre ein unglücklicher Ausfall der Reichstagswahlen. Wenn es nicht sofort gelingt, eine arbeitsfähige Regierung ans Ruder zu bringen, so gerät Deutschland in eine hilflose Situation, aus der es kaum so leicht wieder herausgeführt werden kann. Darum nimmt auch der Gedanke einer Bürgerblockregierung immer fester Gestalt an und man hofft allgemein, daß eine Regierungskoalition der großen bürgerlichen Parteien auch im neuwählenden Parlament eine Mehrheit finden wird, die es

ihm gestattet, reibungslos die politischen Entscheidungen durchzuführen zu können.

Das Reichskabinett am Gutachten.

Berlin. Das Reichskabinett wird sich heute in einer Sitzung mit dem Gutachten der Sachverständigen befassen. Wie mehrere Blätter mitteilen, wird die deutsche Regierung die Lösung der mit dem Sachverständigenbericht zusammenhängenden Fragen nicht etwa bis nach den Wahlen verschieben. Die Auffassung, daß es im Interesse der deutschen Politik liegt, einer Aufforderung der Reparationskommission um Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten seitens der deutschen Regierung sofort zu entsprechen, wird auch von den großen Wirtschaftsverbänden geteilt.

Dr. Stresemann über die Sachverständigenberichte.

Berlin. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt gestern abend in einer Bühnenvorlesung der Deutschen Volkspartei in Bielefeld eine Rede über die Politik der Partei in den letzten Jahren. In der Hauptfrage beschäftigte er sich mit seiner eigenen Außenpolitik in den letzten Monaten. Die Gutachten der Sachverständigen bezeichnete er als eine geeignete Grundlage für die Fällung einer Diskussion über die Reparationsfrage. Der Redner wandte sich gegen diejenigen, die schon jetzt auf diese Gutachten als unannehmbar und wahrheitsfalsch bezeichneten. Die Gutachten schweben sich allerdings über die von Deutschland zu zahlende Endsumme vollständig aus. Es sei aber fraglich, ob gegenwärtig der geeignete Moment gegeben sei um die Frage über das, was Deutschland endgültig zu zahlen habe, aufzuwerfen. Stresemann bezeichnete es als ein Verhängnis, daß es nicht schon seit Jahren gelungen sei, durch Anleihen das Ausland an der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu interessieren.

Die Stellungnahme der wirtschaftlichen Verbände.

Der Sachverständigenbericht wird die wirtschaftlichen Verbände veranlassen, der Reichsregierung eine Denkschrift zu überreichen, in der die Auffassung der deutschen Wirtschaft dargelegt werden soll. Der erste Eindruck, den man in führenden Wirtschaftskreisen aus den Vorschlägen gewonnen hat, ist durchaus nicht unangenehm. Man weiß jedoch darauf hin, daß die Sachverständigen offenbar die Leistungsfähigkeit Deutschlands in den nächsten zehn Jahren beträchtlich überschätzt hätten. Auch hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft hätten die Sachverständigen einen Optimismus angelegt, der gegenwärtig in keiner Weise als gerechtfertigt angesehen werden kann. Aus all diesen Erwägungen heraus werde die Reichsregierung Veranlassung nehmen müssen, um die Frage der Befundung der deutschen Wirtschaft bei den Verhandlungen mit den Alliierten zum Hauptgegenstand der deutschen Gegenanschläge zu machen.

Kein Eisenbahnerstreik in Sachsen.

Dresden. In später Nachtstunde beschloß gestern der Eisenbahnerverband vom Eintritt in den Streik vorläufig abzusehen und das Ergebnis weiterer Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium über die Einführung der zehnten Arbeitsstunde abzuwarten.

Höhere Eisenbahntarife im Mai?

Die Schraube ohne Ende setzt wieder an.

Berlin. Die den Eisenbahnern bewilligten Lohnerhöhungen erwehen für das Reichsbudget eine Gesamtbelastung von 545 Millionen Goldmark, für die eine Deckung noch nicht vorhanden ist. Voraussichtlich kommt es schon Anfang Mai zu einer neuen Tarifserhöhung im Reichseisenbahnbetriebe. Nur unter dieser Bedingung hat zuerstlichem Vernehmen zufolge der Finanzminister den Lohnerhöhungen zugestimmt.

Ueber Durchführung der Reiseperrre.

Weitere Bezeichnung von den Ausreisegeldern.

Berlin. Das Reichsfinanzministerium hat Durchführungsvorschriften zur Ausreisegeldverordnung erlassen. Danach werden von den Gebühren weiter befreit:

1. Reichsangehörige, die im Auslande ihren Wohnsitz haben.
2. Personen, die nachweislich zum Besuch von Familienangehörigen nach dem Auslande reisen, sofern es sich um Ehegatten, Verwandte oder Verwandte in gerader Linie handelt und die zu besuchenden Personen im Auslande ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, im Inlande dagegen einen Wohnsitz nicht haben.
3. Personen, die aus besonderen Familienanlässen (Geburt, Beschickung, schwere Erkrankung, Todesfall) zu nahen Angehörigen ins Ausland reisen; als nahe Angehörige gelten Ehegatten, Verwandte oder Verwandte in gerader Linie sowie Personen, die in der Seitenlinie verwandt sind.
4. Personen, die nachweislich zum Besuch von nahen Angehörigen (Nr. 2) zur Regelung von Familien- oder Vermögensverhältnissen in das abgetretene Gebiet reisen.
5. Rechtsanwälte, die in Ausübung ihres Berufes in das Ausland reisen, sofern der Vorstand der Anwaltskammer die Notwendigkeit der Reise bescheinigt. Einer solchen Bescheinigung bedarf es nicht, wenn es sich nachweislich um Verhandlungen vor einem internationalen Gericht handelt.
6. Ärzte, die nachweislich zu Konsultationen oder Operationen oder zur Teilnahme von Kongressen in das Ausland reisen.

7. Angehörige anderer freier Berufe (Künstler, Gelehrte usw.), die nachweislich zur Ausübung ihres Berufes in das Ausland reisen.

8. Studierende, die im Rahmen ihrer Studienpläne auf eine ausländische Hochschule gehen. Außerdem können die Finanzämter in einzelnen Fällen, in denen die Erhebung der Gebühren eine besondere Härte bedeuten würde, oder in denen überwiegende Interessen des Gemeinwohls der Erhebung der Gebühren entgegenstehen, Gebührenfreiheit, jedoch nur für Auslandsreisen von kurzer Dauer bewilligen. Der gebührenfreie Ausreisegeldbescheinigung wird nur für die zur Erreichung des Zweckes der Reise unbedingt notwendige Aufenthaltsdauer im Ausland und nur für ein bestimmtes oder mehrere Länder erteilt. Wird die Dauer überschritten, oder die Reise in ein im Vermerk nicht genanntes Land ausgedehnt, so wird die Gebühr fällig. Für die Bewilligung der Gebührenfreiheit sind die Finanzämter zuständig.

Öffentliche Sitzung des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag u. a. mit der Festsetzung des Einheitsfußes der Unterhaltungskosten der Arbeiterverträge für das Jahr 1924/25. Die rasche Geldentwertung des vorherigen Jahres hatte zur Folge, daß die den Ländern und Gemeinden übermittelten Unterhaltungssummen nahezu wertlos wurden. Daher soll jetzt eine Kurierung herbeigeführt werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben einen Einheitsfuß von 80 Mark für ausreichend erachtet. Darnach werden also den Ländern für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 für einen jeden vom Zentralnachweis nachgewiesenen Verdienten 0,80 Goldmark gewährt.

Von allgemeinem Interesse war auch die vom Reichsrat genehmigte Abänderung der Mindesthöhe der Vermögenssteuer, die die Gemeinden erheben dürfen. Es findet nunmehr eine Umstellung dieser Mindesthöhe auf Gold statt und gleichzeitig eine Ermäßigung einzelner Sätze mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen Sätze das Risiko einer Geldentwertung in sich schlossen und daher bei einer Umstellung auf Gold unverhältnismäßig hoch sein würden. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Juni d. J. in Kraft treten.

Zur Spaltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Von der Reichsparteistelle der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie ihre Freunde auffordern, bei der bevorstehenden Reichstagswahl deutschnationale Wahlen zu wählen. Damit bekundet die Nationalliberale Vereinigung vor aller Öffentlichkeit, daß sie ihrerseits den Trennungsschritt zwischen sich und der Deutschen Volkspartei gezogen hat. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat daraufhin der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Bescheid gegeben: Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Parteifunktionen sie ausdrücklich genehmigen, und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in deren Eintrags Verhandlungen zur Deckung dieser Voraussetzungen abgelehnt haben, stellt der Parteivorstand auf Grund der ihm vom Zentralvorstand ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung verbleibenden Mitglieder aus der Deutschen Volkspartei auscheiden.

Der Lohn- und Arbeitszeitskampf

In der nordbaltischen und baltischen Industrie nimmt der Streik immer größeren Umfang an. Durch die vorgetretenen erregten Auslösung bzw. Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Deutsche Lang-Werke ist die Bewegung auch in die Metallindustrie übertragen worden. Gestern morgen hat der Verband der Metallindustriellen sämtlichen Firmen mitgeteilt, daß bis zum 17. April allen Arbeitern gekündigt wird, falls nicht bis dahin die Länglichen Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen sind. In Rauterlauern ist die 1000 Mann zählende Belegschaft der Rammgarnspinnerei wegen pausierender Arbeitslosigkeit ausgeperrt worden.

Wreslau. Der Schlichter Volkszeitung zufolge sind in Waldenburg die Hebertagearbeiter wegen Verlängerung der Arbeitszeit in den Streik getreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Untertagearbeiter in den Konflikt hineingezogen werden.

Hamburg. Die getriggen Verhandlungen zur Beilegung des Werftarbeiterstreiks sind ergebnislos verlaufen.

Zimmer noch Separatistengefahr!

Birma. Die nach den Birmanischen Ereignissen von den französischen Besatzungsbehörden im Amtsarbeitsgericht Birmanens bisher untergebrachten Birmanischen Einwohner, darunter Reichsrat Stempel und Bezirksamtmann Dr. Göppel, wurden nach Niang abtransportiert, um vor ein französisches Kriegsgericht gestellt zu werden.

Birma. Der Separatistenführer Sainbinder, der während der Herrschaft der Separatisten eine wichtige Rolle gespielt hat, gab in einer Bittschrift bei einem Worttritt an den Wirt zwei Söhne ab. Die Separatisten tauchen noch heute in Birmanens, mit französischen Waffenschein versehen, bewaffnet umher, während die deutsche Polizei nicht nur die Schwärmer, sondern auch die Säbel und die Gewehrköpfe abliefern mußte.